



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/225 - 29. September 1956

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 218 81-33  
Fernschreiber 0 896 890

Waffeneinkäufe	S. 1
Über Suez nach Kleinearopa	S. 3
Ein politisches Verzeichnis von Dr. Walter Kolt	S. 4
Ein Wort zum bayrischen Rundfunkstreit	S. 6

## Verschleuderte Milliarden ?

ler. An die Bundesrepublikaner ergicht fast jeden Tag von hohen und allerhöchsten Bonner Stellen die Aufforderung, ihre Kauflust zu zähmen, Zurückhaltung zu üben und das Geld statt zum Kaufmann oder Möbel-Händler, zur Sparkasse zu bringen. Das Bundesfinanzministerium denkt sogar daran, um die Sparfreudigkeit einer von Inflationsangst erfüllten Bevölkerung zu steigern, das steuerbegünstigte Sparen von zehn auf drei Jahre herabzusetzen. Wer aber von seinen Bürgern Enthaltsamkeit verlangt, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen, wenn er glaubwürdig sein will. Die Bundesregierung gibt dieses Beispiel nicht.

Als Folge ihrer Politik ist die Bundesrepublik im Rahmen der Pariser Verträge zur Aufstellung einer Bundeswehr verpflichtet. Nicht verpflichtet aber ist sie, diese Bundeswehr mit zum Teil veralteten und doch kostspieligen Waffen auszustatten. Viele Fachleute betreten heute nicht die Fragwürdigkeit einer militärischen Planung, die noch ganz den Zuschnitt der Koreasituation trägt und durch die Entwicklung der nuklearen Waffen weitgehend überholt ist. Grossbritannien und die Vereinigten Staaten, die beiden mächtigsten Mächte in der westlichen Welt, stellen ihre Waffengattungen im Zeichen des Radfordplanes auf die neue Lage um, weil sie mit alten Ladenhütern einer möglichen Gefahrensituation nicht begegnen wollen und können. Selbst der Atomminister Strauss und viele seiner Freunde von der CSU warnen vor Über-eilung in der Aufstellung und Aufrüstung der Bundeswehr, weil sie die tragischen Konsequenzen zu erkennen vermögen, die sich aus fal-

29. 9. 1956

scher Weichenstellung ergeben müssen. Anscheinend stießen sie bei Blank auf taube Ohren.

Es geht um Milliardensummen. Sie sollen für Waffenankäufe in den Vereinigten Staaten verwendet werden. Das Verteidigungsministerium drängt auf eine rasche Ausgabe dieser Riesensumme, die Mitglieder des Haushalts- und Verteidigungsausschusses werden unter Druck gesetzt. Es handelt sich hier um die sogenannte Erstausrüstung. Sie wird schon in kurzer Zeit, viele meinen schon in einem Jahr, völlig überholt sein. Sie lässt ahnen, welche gewaltigen Ausgaben auf die Bundesrepublik in den nächsten Jahren zukommen werden.

Blank führt militärische und politische Gründe für seine Eile an, Gründe, die einer ernsthaften kritischen Untersuchung nicht standhalten. Gerade die auch von Regierungseite nicht geleugnete allgemeine Entspannung lässt genügend Spielraum für Bedachtsamkeit und sorgfältige Planungen offen, wenn man sich schon auf das Abenteuer der Aufrüstung eingelassen hat. In der Frage der Militärdienstzeit hat ja die Regierung eine erstaunliche Wandlungsfähigkeit bewiesen. Wenn sie mit der Frage der Erstausrüstung der Bundeswehr sich so verschlossen allen neuen Gedanken zeigt, so muss das Gründe haben, die nicht allein im Militärischen zu suchen sind.

Einer dieser Gründe ist der Druck, der von der Devisenfülle ausgeht. Wir ersticken heute an Gold und Devisen. Diese Hortung bildet ein europäisches Argernis. Mit Dollar zu bezahlende Waffeneinkäufe in den USA vermindern den Devisenschatz der Bundesrepublik. Als ob es nicht andere Möglichkeiten gäbe, ihn zu verringern, etwa durch die Herabsetzung von Zöllen, eine der wirksamsten Massnahmen, mit der Forderung zurechtzukommen. Stattdessen wird die Einfuhr künstlich niedrig gehalten, um das ohnehin weit überhöhte Preisniveau zu schützen.

So ergibt sich ein groteskes Bild: Milliarden für den Kauf von Rüstungsmaterial stehen zur Verfügung; man will sie so schnell wie möglich los werden, weil sie ein Stein des Anstoßes für unsere Nachbarn und für uns eine Last sind. So haben Kanonen den Vorrang vor einer Steigerung des Lebensstandards. Wie vorsichtig und behutsam handeln die Österreicher. Sie legen keine Eile an den Tag, ihre Bundeswehr mit Waffen auszustatten, die ihnen von Amerikanern und Russen aus veralteten Heeresbeständen zum Kauf angeboten worden. Sie drehen ihre Devisen dreimal um, bevor sie sie für Rüstungsausgaben verwenden. Die Bonner Regierung jedoch, geblendet durch den Glanz ihrer Gold- und Devisenvorräte, glaubt ungekehrt verfahren zu können. Aber es wird uns allen nicht gut bekommen.

Aspekte der französischen Europapolitik

l.o. Paris, Ende September 1956

Als am 26. September der britische Ministerpräsident Sir Anthony Eden und Aussenminister Selwyn Lloyd nach Paris kamen, um über die weitere Suez-Politik Englands und Frankreichs zu beraten, begann auch die Verhandlung über die Suez-Beschwerden, die in New York den Vereinten Nationen sowohl von der französischen und der britischen wie auch von der ägyptischen <sup>Regierung</sup> zugegangen waren. Eden und sein französischer Gesprächspartner Guy Mollet wussten, dass die Argumente, die Ägypten zu seinen Gunsten vorzubringen hat, formaljuristisch gesehen nicht weniger gewichtig sind als ihre eigenen. Sie wussten ferner, dass sie im kalten Suezkrieg bisher mehr Niederlagen als Siege zu verzeichnen hatten.

Was sie bei den Niederlagen am tiefsten berührte, war, wie aus Darstellungen des Aussenministers Christian Pineau zu erkennen war, der recht niedrige Grad von Zusammenhalt der westeuropäischen Nationen in der gesamten Suezfrage. Kein Zweifel, auf der letzten Londoner Suez-Konferenz der Minister der "Teilnehmerstaaten" war von einer geeinten Front schon deswegen nichts zu spüren, weil der USA-Aussenminister Dulles die Front, die er bei der ersten Suezkonferenz selbst errichtet hatte unter möglicher Wahrung des Gesichts verlassen hatte. Niemand glaubte Veranlassung zu haben, westlicher zu sein als der Westen.

Bereits bei dem Besuche Edens in Paris waren manchen französischen Politikern insofern Bedenken gekommen, als sie die Betonung der juristischen Seite des Konflikts nun nicht mehr als besonders glückliche Diplomatie ansahen. Ihnen wäre es lieber gewesen, man hätte zwar diesen juristischen Standpunkt - nämlich, dass Ägypten die Konstantinopler Konvention verletzt habe - aufrechterhalten, gleichzeitig aber den Völkern Europas klar vor Augen geführt, um was es eigentlich geht. Dieses Versäumnis wollten sie, soweit das möglich war, nachholen.

Ein grossarabisches Reich?

Was den westeuropäischen Völkern klargemacht werden sollte, war und ist, in grossen Umrissen, dies: Nasser ist ein unsicherer Kandidat der mit dem Osten liebäugelt; ist der Kanal unter seiner Kontrolle, so kann das bedeuten, dass Europa eines Tages ohne Petroleum dasteht; ein Sieg Nassers ist ferner das Zeichen für die anderen Araberführer, die Petroleumquellen zu nationalisieren, deren Öl hauptsächlich für

Europa bestimmt ist. Ferner: Nasser will nicht nur den Kanal, er will ein grosses arabisches Reich schaffen; gelingt ihm das, so bleibt auch dem Sultan von Marokko und dem Bey von Tunis nichts übrig, als sich diesem Reich anzuschliessen, und da Nasser allein selbstverständlich nicht über die Mittel verfügt, die industriell unterentwickelten Länder der arabischen Welt zu finanzieren, wird die Sowjetunion einspringen; von der türkischen Grenze bis nach Casablanca wird dann alles unter Sowjet-einfluss stehen.

Schon die Erwähnung von Marokko und Tunesien musste dazu verleiten, auch von der Wüste Sahara zu sprechen. Ein sehr bekannter Politiker der französischen gemässigten Rechten tat es, nämlich Paul Reynaud, einstiger Ministerpräsident und einer der Vorkämpfer des Europarates. Ohne die Erze und das Petroleum der Sahara, sagte er sinngemäss, werden die westeuropäischen Nationen sehr bald spüren, was es heisst, vom arabischen Mittelost abhängig zu sein. Nun fliesst zwar in der Sahara noch kein Öl, aber es wird ebenso fließen wie man dort Eisenerze aus der verwüsteten Erde herausholen wird. Was aber können, fragte Reynaud, die Westeuropäer tun, um dem im Entstehen begriffenen grossarabischen Reich Schach zu bieten? Das einzige, sagt er, was sie tun können, ist, sich zu vereinigen.

Reynaud ist nicht der einzige Politiker in Frankreich, der dies lehrt. Der Sozialist Mollet steht ihm dabei ebensowenig fern wie der Katholik Robert Schuman, und tatsächlich hatte Schuman, gemeinsam mit Dr. Adenauer, am demselben Tage, an dem Reynaud in Frankreich seine Aufforderung hören liess, in Brüssel sich wieder für die Schaffung eines "Europa" eingesetzt. Aber weder Schuman, noch der antirende Ministerpräsident Mollet haben bisher dargelegt, in welcher Weise das Saharagebiet "europäisch" sein soll. Vorläufig ist es ein rein französisch kontrolliertes Gebiet, auf das, wenigstens zum Teil, auch Marokko und Tunesien gelegentlich Mitansprüche angemeldet haben.

Niemand wird lächelnd die Behauptung von der Hand weisen, dass ein voller Sieg Nassers zu einem grossarabischen Commonwealth führen kann, das sowjetischen Einflüssen ausgesetzt wäre. Nur hat diese Möglichkeit, deren Verwirklichung eine Isolierung Westeuropas mit sich brächte, juristisch keinen Zusammenhang mit der eigentlichen Suezkrise. Bei der geht es um ganz formaljuristische Fragen, aber keinesfalls um die wirtschaftliche Sicherheit Europas. Man kann auch nicht vor das Forum der Vereinten Nationen ziehen und sagen: "Wir fühlen uns wirtschaftlich bedrückt; was die Ägypter getan haben, ist keine gewöhnliche Beschlagnahme, sondern dient dem Aufbau einer anti-europäischen Front". Da man aber keinesfalls mit solchen Argumenten antreten kann, müssen andere sie den wirklich <sup>oder</sup> angetlich betroffenen Völkern Europas vor Augen führen, und niemand kann die Gelegenheit als günstiger empfinden als die "Europäer". Sie kommen ein wenig spät mit ihrer Interpretation der Suezkrise heraus, und sie kommen erst jetzt mit ihr heraus, d.h. nach der ersten grossen diplomatischen Niederlage Englands und Frankreichs in ihrem kalten Krieg gegen Nasser.

Walter Kolb wird nicht nur im Gedächtnis der Bürger Frankfurts bleiben. Am 6. September 1956 hielt er in der Jubiläumssitzung des Frankfurter Stadtrats aus Anlass der Wiederkehr des zehnjährigen Jahrestages der Stadtverordnetenversammlung eine grosse Rede, die heute, nach seinem Tode, als richtungweisend für die deutschen Städte und Gemeinden gelten kann. Wir wollen seine Gedanken festhalten und sie allen denen mit auf den Weg geben, die heute als Bürgermeister und Stadträte für ihre Gemeinden einstehen.

### Gemeinden und die Folgen der Aufrüstung

Sollte eine wirksame Entspannung auf dem Kapitalmarkt eintreten, die wir für die Gemeinden dringend fordern, dann kommt als weitere, ebenso dringende Bitte an Bund und Länder, die Gemeinden im Wiederaufbau der öffentlichen Einrichtungen und im sozialen Wohnungsbau mehr als bisher zu unterstützen, denn die Verschuldung der Gemeinden hat auch eine Grenze.

Aus alledem ergibt sich, dass wir in der Vergangenheit gut daran taten, so viel Bauten wie nur irgend möglich zu errichten, denn was damals gebaut wurde, könnte heute nicht mehr geschehen.

Ich habe schon oft gesagt, auch der Staat und die Gemeinde können, wie jede Einzelperson, ihr Geld nur einmal ausgeben.

Unsere Wiederaufrüstung beansprucht Milliarden, die ganz naturnotwendig den anderen Aufgaben des Staates verlorengehen, eben aus der Einsicht, dass man für das gleiche Geld entweder Kasernen oder Wohnungen bauen kann. Ich möchte mich hier nicht mit der Frage der Wiederaufrüstung auseinandersetzen. Ich möchte nur darauf hinweisen, wie letzten Endes alles die Gemeinden bezahlen müssen. Diese Milliarden, die für die Wehrmacht und den Kasernenbau ausgegeben werden, müssen die Gemeinden entbehren, deren Aufgabe es ist, für ihre Bürger zu sorgen, ihnen Wohnungen zu beschaffen, ihnen Arbeitsplätze zu vermitteln, neue Wirtschaftszweige heranzuziehen oder alte zu fördern, für die Unterbringung der alten und kranken Menschen zu sorgen, die immer noch evakuierten Bürger heimzuholen, der Jugend Schulen und Spielplätze zu geben und vieles andere.

Bonn ist weit weg...

In die Rathäuser kommen die Bürger mit ihren Klagen, hier verlangen sie Hilfe. Für sie ist Bonn weit weg und die Bundesregierung und der Bundestag unerreichbare Einrichtungen. Die Lage für die Gemeinden ist heute derart, dass ihre Klagen so laut schallen müssten, dass sie - 5 -

niemand mehr überhören kann.

Diese Ausführungen haben gar nichts mit irgendeiner weltanschaulichen Ansicht oder mit einem Für oder Gegen die Wiederaufrüstung zu tun. Sie sind das Ergebnis einer nüchternen Rechnung, nach der man nur bauen kann, wenn Geld vorhanden ist. Mit noch so klugen und wohlgemeinten Worten kann man keine Häuser bauen. Die Gemeinden müssen aber ihren Wiederaufbau fortsetzen, weil überall und auch in Frankfurt noch viel zu tun ist.

Die Geschichte lehrt, dass überall dort, wo die Unzufriedenheit der Bürgergrosso ist, auch die besten Soldaten keinen Frieden sichern können. Lassen wir es nicht zu dieser Unzufriedenheit kommen, denn sie würde erneut unseren so mühsam und schwer wiederaufgebauten demokratischen Staat gefährden."

An einer anderen Stelle seiner Rede führte Dr. Kolb zum Problem des Wohnungsbaues in den Gemeinden aus:

"Und nun möchte ich noch ein sehr ernstes Wort zum künftigen Bauen Gemeinden sagen. Was bauen denn die Gemeinden? Doch lediglich Häuser, die der Bürgerschaft dienen.

#### Bedrohter sozialer Wohnungsbau

Wenn die Bundesregierung erklärt, die Gemeinden sollten ihre Bauprogramme überprüfen und nur noch das Allernotwendigste herstellen, wobei natürlich der soziale Wohnungsbau, der Schulbau, der Bau von Altersheimen, Jugendheimen etc. so weitergehen müsste wie bisher, dann frage ich: Ja, was baut denn eine Kommune im wesentlichen ausser diesen Häusern, die weitergebaut werden sollen? Auch die Häuser, die der dringend notwendigen Kultur dienen, die ohnehin bis jetzt infolge Fehlens der Geldmittel nicht in dem Ausmass gebaut wurden, wie das notwendig wäre, müssen zum dringlichen Bauprogramm der Gemeinden gehören.

Wie sieht es aber heute durch die konjunkturpolitischen Maßnahmen auf dem Baugebiet der Gemeinden aus? Auf dem Baugebiet, das angeblich weiter gefördert werden soll?

Selbst Frankfurt, das immerhin als reiche Stadt angesehen wird, ist zunächst nur noch in der Lage, die im Bau befindlichen Projekte fertigzustellen, wozu noch 55 Millionen DM beschafft werden müssen. Diese allerdings werden wir aller Voraussicht nach auf dem Kapitalmarkt erhalten, so dass gesagt werden kann, dass in der Fertigstellung

der Bauten keine Gefahr besteht. Aber für den Neubeginn aller sozialen Bauten, ob es nun der soziale Wohnungsbau, Krankenhäuser, Jugendheime und ähnliches sei, fehlen bis jetzt die Mittel, und ob sie beschafft werden können, ist mehr als fraglich. Bleibt die augenblickliche Verschliessung des Kapitalmarktes für die Gemeinden, dann kommen im nächsten Jahr fast der gesamte soziale Wohnungsbau und alle anderen schon erwähnten Bauten zum Erliegen. Im Interesse unserer Bürgerschaft wehren wir uns dagegen, dass auf dem privaten Sektor für alle diejenigen, die Geld genug haben oder nicht so rechnen müssen, der Baumarkt nach wie vor erschlossen ist, während die Gemeinden für ihre Bürger untätig zuschauen müssen."

\* \* \*

#### Meinungsfreiheit

U.L.- In München ist seit einiger Zeit ein heftiger Streit um den Bayerischen Rundfunk im Gange. Anlass dazu war die Forderung des bayerischen DGB-Vorsitzenden Max Wönner, der Kommentator Winfried Martini solle keine "Leitartikel" mehr über den Rundfunk sprechen dürfen. Herr Martini hat vor einiger Zeit ein Buch veröffentlicht, das sich unter dem Titel "Ende aller Sicherheit" mit den Schwächen der Demokratie beschäftigt. Die bestehende Problematik der demokratischen Ordnung wird kein intelligenter Bedachter unserer Zeit in Abrede stellen wollen, aber die Demokratie bleibt dennoch die beste aller realisierbaren Formen des Zusammenlebens, weil sie allein ein hohes Maß an Freiheit garantiert. Der Publizist Martini ist nicht dieser Meinung, sondern empfiehlt eine staatliche Ordnung von der Art des portugiesischen Diktators Salazar. Diese seine Auffassung und einige recht bedenkliche Bemerkungen über das Dritte Reich hat er nun kürzlich den Hörern des Bayerischen Rundfunks offeriert und dazu erklärt, er sei selbstverständlich kein Anhänger der Demokratie. Nichtsdestoweniger entrietete er sich aber darüber, dass Wönner ihm rät, den Mund zu halten.

Es ist bedenklich, wie einzelne politische Gruppen in Bayern sich zu dieser Auseinandersetzung stellen. Die Bayernpartei und zum Teil der BHE benutzten die Gelegenheit, gegen die unabhängige Kommentatoren des

SPD-Pressedienst

P/XI/225

- 7 -

29. September 1956

Rundfunke schlechthin vorzugehen. Sicher trägt der Funk der Bedeutung der politischen Parteien oder der Gewerkschaften nicht immer genügend Rechnung, und mit guten Gründen wird hier nach einer besseren Lösung verlangt. Das schließt aber nicht aus, Männer mit ausgeprägtem Urteil, Weitblick und eigenwilliger Meinung über den Funk sprechen zu lassen. Man muss sogar den Publizisten dankbar sein, die sich nicht scheuen, "heisse Eisen" anzufassen. Eine Grenze aber müssen diese Kommentare da finden, wo sie sich gegen die demokratische Grundordnung unserer Gesellschaft richten.

Die CSU scheint das nicht zu begreifen. Sie verteidigt Herrn Martini mit dem Hinweis auf die in der Verfassung verbürgte Meinungsfreiheit. Das hindert sie andererseits nicht daran, ein Verbot der KPD gutzuheissen, denn dabei handelt es sich ja um eine antidemokratische Partei. Das Herr Martini sich selber gleichfalls nicht als Demokrat zu bezeichnen wünscht, stört die CSU keineswegs. Sollten seine Ideen deshalb weniger zur Kritik herausfordern als die der Kommunisten, weil sie sich bestimmten ständestaatlichen Ideen nähern? Die Bemühungen der sogenannten "Abendländischen Akademie" deuten an, wo Herr Martini seine Bundesgenossen suchen kann. Die aufgeschlossenen Katholiken aber sollten begreifen, dass die Demokratie nur für den gelten kann, der sie mitzutragen bereit ist.

Diese Haltung ergibt sich für uns Deutsche nicht zuletzt aus den Erfahrungen in der Weimarer Republik. Legt man aber diesen Maßstab an, dann gilt er für und gegen jeden, also gegen die Kommunisten ebenso wie gegen Herrn Martini. Die CSU sollte die Klarheit dieser Folgerung nicht deshalb in Frage stellen, weil sie sich möglicherweise kurzfristige taktische Vorteile ausrechnet. Die Demokratie ist unteilbar, und sie muss von allen demokratischen Gruppen geschützt werden. Auch gegen den Publizisten Winfried Martini.

\* \* \*

Verantwortlich: Peter Raunau